Stand: 16.07.2025 12:03:20

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/10304

"Hinrichtungsserie im US-Präsidentschaftswahljahr stoppen - Todesstrafe weltweit abschaffen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/10304 vom 07.10.2020
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/11290 des BU vom 20.10.2020
3. Beschluss des Plenums 18/11955 vom 08.12.2020
4. Plenarprotokoll Nr. 64 vom 08.12.2020

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 07.10.2020 **Drucksache** 18/**10304**

Antrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Dr. Simone Strohmayr, Stefan Schuster, Klaus Adelt, Horst Arnold, Inge Aures, Florian von Brunn, Michael Busch, Martina Fehlner, Christian Flisek, Harald Güller, Volkmar Halbleib, Alexandra Hiersemann, Annette Karl, Natascha Kohnen, Ruth Müller, Doris Rauscher, Florian Ritter, Diana Stachowitz, Arif Taşdelen, Ruth Waldmann, Margit Wild** und **Fraktion (SPD)**

Hinrichtungsserie im US-Präsidentschaftswahljahr stoppen – Todesstrafe weltweit abschaffen

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag betrachtet mit großer Sorge die aktuelle Hinrichtungsserie auf US-Bundesebene im amerikanischen Präsidentschaftswahljahr. Eine Hinrichtung nach US-Bundesrecht gab es in den Vereinigten Staaten zuletzt 2003. Siebzehn Jahre danach hat die US-Regierung den Weg zur Wiederaufnahme von Hinrichtungen auf Bundesebene geebnet. Justizminister William Barr hat auf Weisung von US-Präsident Donald Trump darauf gedrängt, die seit fast zwei Jahrzehnten ausgesetzten Hinrichtungen nach Bundesrecht wieder aufzunehmen. Seit dem 13. Juli 2020 wurden sieben Todesurteile der Bundesebene vollstreckt. In den vergangenen 60 Jahren gab es insgesamt nur vier Hinrichtungen in Bundesgefängnissen. Weitere Hinrichtungen sind angesetzt.

Der Landtag stellt fest:

Die Todesstrafe verstößt gegen das Recht auf Leben und verletzt die Würde des Menschen. Zum internationalen und europäischen Tag gegen die Todesstrafe am 10. Oktober 2020 bekräftigt der Landtag, dass er die Todesstrafe entschieden ablehnt. Sie ist nicht vereinbar mit dem UN-Verbot der Folter und grausame, erniedrigende und unmenschliche Behandlung und Strafe. Der Landtag lehnt die Todesstrafe auch deshalb ab, weil Justizirrtümer nicht mehr korrigiert werden können. Im Rahmen seiner parlamentarischen Möglichkeiten wird er bilateral sowie auf internationaler Ebene alles tun, damit weltweit die Todesstrafe abgeschafft wird. Er würdigt die Arbeit der Nichtregierungsorganisationen wie „Amnesty International“, die sich seit langem für die Abschaffung der Todesstrafe engagieren, und ermutigt sie, weiterhin dieses Ziel konsequent zu verfolgen.

Der Landtag fordert die Staatsregierung auf,

1. Initiativen für die weltweite Abschaffung der Todesstrafe voranzutreiben und zu unterstützen bzw. – als Zwischenschritt – für ein Moratorium zu werben, insbesondere bei den USA, Iran, Saudi-Arabien, Irak und Ägypten,
2. darauf hinzuwirken, dass Todesurteile in Haftstrafen umgewandelt werden,
3. bei allen Initiativen gegen die Todesstrafe eng mit zivilgesellschaftlichen Organisationen zusammenzuarbeiten und diese in ihrer Arbeit zu unterstützen.

Begründung:

Die Hinrichtungsserie auf Bundesebene der Vereinigten Staaten von Amerika im US-Präsidentschaftswahljahr lässt befürchten, dass US-Präsident Trump die Todesstrafe

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

weltweit wieder als adäquates Strafinstrument reputabel machen will. Seit Wiederaufnahme des Vollzugs im Juli 2020 unter Trump wurden bereits mehr Menschen hingerichtet als unter all seinen Vorgängern bis 1963 zusammen. Noch nie seit 1927 wurden demnach so viele Todesurteile innerhalb eines Jahres vollstreckt. Die Tageszeitung „Der Tagesspiegel“ vermutet dahinter Trumps „Kalkül, sich vor der Wahl im November als harter Strafverfolger zu profilieren.“ Prof. Dr. Stephan Bierling, USA-Experte an der Universität Regensburg, geht im Schweizer Radio- und Fernsehen (SRF) von wahlkampftaktischen Motiven aus: „Er (Trump) hofft, dass ihn das nochmal ganz nach vorne bringt.“

Die im US-Präsidentschaftswahljahr bundestaatlich vollstreckten Todesstrafen konterkarieren den weltweit klaren Trend zur Aussetzung bzw. Abschaffung der Todesstrafe. Amnesty International hat für das Jahr 2019 mindestens 657 Hinrichtungen in 20 Ländern dokumentiert, ein Rückgang um 5 Prozent im Vergleich zu 2018. Dies ist die niedrigste Zahl an Hinrichtungen seit einem Jahrzehnt, die Amnesty International verzeichnet hat.

Amnesty International dokumentierte im Laufe des Jahres 2019 mindestens 2 307 neue Todesurteile in 56 Ländern im Vergleich zu 2 531 in 54 Ländern in 2018. Die meisten Hinrichtungen fanden 2019 in China, Iran, Saudi-Arabien, Irak und Ägypten statt – in dieser Reihenfolge. China, das Land mit den weltweit meisten Hinrichtungen, behandelt das Thema als Staatsgeheimnis und gibt keine Zahlen bekannt. Nach Schätzungen von Amnesty International sollen es weiterhin Tausende sein.

Der Europarat und die Europäische Union sind Vorreiter im Kampf für die Abschaffung der Todesstrafe in der Welt. Staatliches Töten im Namen einer vermeintlichen Gerechtigkeit widerspricht ihren Grundwerten. Ihre Mitgliedstaaten sind durch das Protokoll Nr. 6 zur Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) zur Abschaffung der Todesstrafe in Friedenszeiten verpflichtet. Das Protokoll Nr. 13 verbietet die Todesstrafe auch in Kriegszeiten.

In der neuen Sozialenzyklika „Fratelli tutti – Über die Geschwisterlichkeit und die soziale Freundschaft“, dem dritten großen Lehrschreiben von Papst Franziskus, lehnt dieser die Todesstrafe entschieden als „auf moralischer Ebene ungeeignet und schon auf strafrechtlicher Ebene unnötig“ ab.

In 106 Ländern der Erde ist die Todesstrafe inzwischen per Gesetz abgeschafft. In den Vereinigten Staaten hat der Gouverneur von Kalifornien, Gavin Newsom, 2019 ein offizielles Moratorium für Hinrichtungen eingeführt. Zudem wurden zuletzt New Hampshire und Colorado die Nr. 21 bzw. 22 der US-Bundesstaaten, die die Todesstrafe für alle Verbrechen abgeschafft haben.

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 20.10.2020 **Drucksache** 18/**11290**

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Dr. Simone Strohmayr, Stefan Schuster u.a. und Fraktion (SPD)
Drs. 18/**10304**

Hinrichtungsserie im US-Präsidentschaftswahljahr stoppen - Todesstrafe weltweit abschaffen

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Markus Rinderspacher**
Mitberichterstatter: **Alfred Sauter**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 29. Sitzung am 20. Oktober 2020 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU:	Ablehnung
B90/GRÜ:	Zustimmung
FREIE WÄHLER:	Ablehnung
AfD:	Ablehnung
SPD:	Zustimmung
FDP:	Ablehnung

Ablehnung empfohlen.

Tobias Gotthardt
Vorsitzender

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 08.12.2020 **Drucksache** 18/**11955**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Dr. Simone Strohmayr, Stefan Schuster, Klaus Adelt, Horst Arnold, Inge Aures, Florian von Brunn, Michael Busch, Martina Fehlner, Christian Flisek, Harald Güller, Volkmar Halbleib, Alexandra Hiersemann, Annette Karl, Natascha Kohnen, Ruth Müller, Doris Rauscher, Florian Ritter, Diana Stachowitz, Arif Taşdelen, Ruth Waldmann, Margit Wild** und **Fraktion (SPD)**

Drs. 18/**10304**, 18/**11290**

Hinrichtungsserie im US-Präsidentschaftswahljahr stoppen – Todesstrafe weltweit abschaffen

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Alexander Hold

III. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 4** auf:

Abstimmung

über Europaangelegenheiten und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 2)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Liste.

(Siehe Anlage 2)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die GRÜNEN, SPD, FREIE WÄHLER, CSU, FDP und AfD. Gegenstimmen bitte anzeigen! – Stimmenthaltungen! – Das sind die beiden fraktionslosen Abgeordneten. Dann übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Europaangelegenheiten und Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 4)

Es bedeuten:

(E)	einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G)	Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH)	Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A)	Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z)	Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Europaangelegenheiten

1. Konsultationsverfahren der Europäischen Union

   Recht
   Legale Migration - öffentliche Konsultation
   23.09.2020 - 31.12.2020
   Drs. 18/10246, 18/11789 (G) [X]

   Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	ENTH	Z	A	ENTH	Z

2. Nichtlegislatives Vorhaben der Europäischen Union

Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen:
Mehr Ehrgeiz für das Klimaziel Europas bis 2030 - In eine klimaneutrale Zukunft zum Wohl der Menschen investieren
COM(2020) 562 final
BR- Drs. 546/20
Drs. 18/10716, 18/11850 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	A	Z	Z

3. Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Annette Karl, Doris Rauscher u.a. SPD
Subsidiarität
Positive Stellungnahme zum Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über angemessene Mindestlöhne in der Europäischen Union
COM(2020) 682
BR-Drs. 649/20
Drs. 18/11466, 18/11852 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	A

4. Antrag der Abgeordneten Dr. Franz Rieger, Thomas Huber, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Tobias Gotthardt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Subsidiarität
Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über angemessene Mindestlöhne in der Europäischen Union
COM (2020) 682
BR-Drs. 649/20
Drs. 18/11533, 18/11853 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	ENTH	A	Z

Anträge

5. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Johann Häusler u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Thomas Huber, Klaus Stöttner, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU
Arbeitsplätze sichern - Teilzeit- und Befristungsgesetz der Corona-Pandemie anpassen
Drs. 18/8969, 18/11649 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	ENTH	Z	A	A	Z

6. Antrag der Abgeordneten Klaus Adelt, Volkmar Halbleib, Inge Aures u.a. SPD
Gesundheitsämter in der Pandemie unterstützen
Drs. 18/9787, 18/11681 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	ENTH	Z	Z

7. Antrag der Abgeordneten Ruth Waldmann, Michael Busch, Doris Rauscher SPD
Risikogruppen gefahrlose Therapie ermöglichen - Kostenübernahme für Tele-Logopädie ermöglichen
Drs. 18/9809, 18/11669 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	Z	Z

8. Antrag der Abgeordneten Jan Schiffers, Ulrich Singer, Dr. Anne Cyron u.a. und Fraktion (AfD)
Evaluation der Pflicht zum Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes während Geburten in der Coronakrise und Konzept zur Entschädigung
Drs. 18/9874, 18/11670 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	A

9. Antrag der Abgeordneten Jan Schiffers, Ulrich Singer, Dr. Anne Cyron u.a. und Fraktion (AfD)
NEIN zur Corona-Testpflicht in Kinderbetreuungseinrichtungen
Drs. 18/9875, 18/11651 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	A

10. Antrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Jan Schiffers, Dr. Anne Cyron u.a. und Fraktion (AfD)
Aufklärungskampagne zur Befreiung von der Maskenpflicht
Drs. 18/9876, 18/11671 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	A

11. Antrag der Abgeordneten Ruth Waldmann, Michael Busch, Martina Fehlner u.a. SPD
Beste medizinische Versorgung für Kinder und Jugendliche - Fallpauschalen abschaffen, Kinder- und Jugendkliniken retten
Drs. 18/9882, 18/11672 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	Z	Z

12. Antrag der Abgeordneten Alexandra Hiersemann, Ruth Waldmann, Klaus Adelt u.a. SPD
Zum Schutz der Geflüchteten in Gemeinschaftsunterkünften bei COVID-19-Fällen - Empfehlungen des Robert Koch-Instituts umsetzen
Drs. 18/9895, 18/11653 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	Z

13. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christina Haubrich u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Den Öffentlichen Gesundheitsdienst dauerhaft stärken, die Public Health-Perspektive im Gesundheitswesen ausbauen
Drs. 18/9941, 18/11679 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	ENTH

14. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Dr. Ralph Müller, Ulrich Singer u.a. und Fraktion (AfD)
Chorgesang im Bereich der Laienmusik wieder vollumfänglich zulassen
Drs. 18/9991, 18/11771 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	A

15. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alexander König u.a. und Fraktion (CSU)
Bayern ist Reha-Land Nummer 1 - auch für Corona: Corona-Patienten bestmöglich versorgen, Nachsorge sicherstellen, Betriebliches Gesundheitsmanagement ausbauen
Drs. 18/10274, 18/11673 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	ENTH	Z	A	Z	ENTH

16. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Soziale Nähe statt Vereinsamung für unsere Seniorinnen sowie Senioren und Menschen mit Behinderung in der Corona-Pandemie
Drs. 18/10275, 18/11788 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	ENTH	Z

17. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner, Ralf Stadler u.a. und Fraktion (AfD)
Einheitliche EU-Standards für Sozialleistungen von Asylbewerbern einführen
Drs. 18/10277, 18/11289 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	A

18. Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Dr. Simone Strohmayr, Stefan Schuster u.a. und Fraktion (SPD)
Hinrichtungsserie im US-Präsidentschaftswahljahr stoppen - Todesstrafe weltweit abschaffen
Drs. 18/10304, 18/11290 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	A

19. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Florian Siekmann u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Anhörung zur Stärkung der Zusammenarbeit zwischen Tschechien und Bayern
Drs. 18/10316, 18/11291 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	Z

20. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Benjamin Adjei u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Kommunen bei der Digitalisierung ihrer Verwaltungen stärken!
Drs. 18/10317, 18/11704 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	ENTH

21. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Folgen der Corona-Pandemie abfedern:
Sicher-Wohnen-Programm auflegen
Drs. 18/10321, 18/11650 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	A	A

22. Antrag der Abgeordneten Arif Taşdelen, Klaus Adelt, Alexandra Hiersemann u.a. SPD
Finanzierungsprogramm zur Anschaffung von Lastenrädern an den Behörden und Hochschulen im Freistaat
Drs. 18/10332, 18/11652 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	A

23. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Christoph Skutella, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Standortpolitik für ein Bayern von Morgen: Beim Klima muss Bayern global denken und handeln - Klimapartnerschaften in Entwicklungs- und Schwellenländern ermöglichen!
Drs. 18/10406, 18/11302 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	A	Z	A	A	Z

24. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Wolfgang Heubisch, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Technische Universität Nürnberg - Gründungsvizepräsidentin oder -vizepräsident für Nachhaltigkeit
Drs. 18/11444, 18/11665 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	ENTH	Z

25. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Wolfgang Heubisch, Matthias Fischbach u.a. FDP
Technische Universität Nürnberg - Kooperationen mit anderen Hochschulen und Forschungseinrichtungen
Drs. 18/11445, 18/11666 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	Z